

## **MIT SICHERHEIT FÜR BAYERN!**

Nur ein handlungsfähiger, starker Sozialstaat kann ein freies Leben in Sicherheit garantieren. Öffentliche und soziale Sicherheit sind untrennbar verbunden, und je mehr soziale Sicherheit, desto resilienter ist die Gesellschaft.

Sicherheitspolitik ist für uns Sozialdemokrat:innen daher immer mehr als Kriminalitätsbekämpfung und militärische Sicherheit. Sicherheitspolitik ist für uns aktive Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik – öffentliche Sicherheit ist für uns der Schutz der Bevölkerung, unserer Lebensgrundlagen und unserer Souveränität. Nur so schaffen wir greifbare Chancen für jede:n, nur so halten wir die Gesellschaft zusammen, nur so gestalten wir eine positive Zukunft.

### **I. Sicherheit für deinen Arbeitsplatz: Industrieland Bayern**

Bayern ist das industrielle Herz Deutschlands und aus den Bayerischen Industrie- und Werkshallen heraus erwächst die Basis für Wohlstand und soziale Sicherheit. Sie ist stark aufgestellt in traditionsreichen Branchen wie der Glas- und Keramikindustrie, im Automobil- oder Maschinenbau – und stellt sich schlagkräftig auf in technologischen Zukunftsbranchen wie KI, Biotechnologie und Mikroelektronik. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gut ausgebildet, fleißig und bereit für die Zukunft. Für uns ist klar: Im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung geben wir keine industrielle Branche in Bayern leichtfertig auf. Mit einem Industriestrompreis, mit Strompreiskompensationen und Investitionsanreizen stützt der Bund u. a. die Stahl-, Chemie- und Glasindustrie in Bayern. Mit steuerlichen Anreizen für Investitionen u. a. in Forschung und Entwicklung stärken wir über den Bund insbesondere auch die forschungsstarke Unternehmenslandschaft im Freistaat.

Die Staatsregierung muss jedoch mehr leisten, um die Bayerische Wirtschaft zu stützen – es braucht Strategien und Konzepte, die gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmensverbänden entwickelt und umgesetzt werden. Aus dem Staatsministerium für Wirtschaft kommt hierfür zu wenig. Jeder 4. Arbeitsplatz in Kurzarbeit liegt in Bayern – im Bund haben wir dieses Instrument zur Arbeitsplatzsicherung um ein weiteres Jahr verlängert. Die Beschäftigten in Bayern verdienen aber langfristige Sicherheit für ihre Arbeitsplätze. Deshalb fordern wir von der Staatsregierung, sich deutlich stärker dafür einzubringen, Industriearbeitsplätze in Bayern zu sichern. So sollte der Transformationsfonds deutlich aufgestockt und die von der Landtagsfraktion vorgeschlagenen Maßnahmen der „Auto-Milliarde“, wie eine verstärkte Förderung der Ladeinfrastruktur, integriert werden.

Die Sicherheit für Arbeitsplätze in Bayern wird auch gestärkt, indem man die Tarifbindung erhöht – im Bund gehen wir hier mit dem Tariftreuegesetz voran. Von Tarifverträgen profitieren nachweislich nicht nur Arbeitnehmer:innen, sondern auch Arbeitgeber:innen, denn sie werden für Fachkräfte attraktiver, sie stellen sich modern auf und treffen unter struktureller Einbeziehung der Arbeitnehmerseite weitsichtigere Entscheidungen. Wir fordern daher seit Jahren, endlich auch ein eigenes Tariftreuegesetz für Bayern einzuführen.

## **II. Sicherheit vor Ort: funktionierende Infrastruktur/Katastrophenschutz, Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, Kommunen entlasten**

Wir brauchen wegen sich schnell vollziehenden geopolitischen Veränderungen ein neues Verständnis von Öffentlicher Sicherheit, von Vorsorge und Resilienz. Es bedarf angepasster Strategien und Konzepte, um die Bevölkerung und unsere Existenzgrundlagen besser schützen zu können, und es bedarf eines neuen Sicherheitsbegriffs, der mehr umfasst als Innere Sicherheit im Sinne von Polizeihöheit. Der Bund hat hierfür mit dem THW-Rahmenkonzept, dem Kompetenzzentrum für den Bevölkerungsschutz zur Koordinierung von Bund und Ländern und dem geplanten Gesetz zum Schutz kritischer Infrastrukturen bereits viel vorangebracht. Mit dem Haushalt 2026 umfasst der THW-Etat fast 730 Millionen Euro – dreimal so viel wie 2016. Die Selbstbewirtschaftungsmittel für die Ortsverbände erreichen mit über 60 Millionen Euro ein Rekordniveau. Für alle 200 THW-Liegenschaften des Neubauprogramms werden die Mittel bereitgestellt – knapp vier Milliarden Euro stehen bereit, um in den nächsten Jahrzehnten in neue Liegenschaften zu fließen. Nach vielen Jahren Sparmaßnahmen für das THW ist dieser neue Kurs das Ergebnis von klaren politischen Prioritäten und viel Einsatz der SPD-Fraktion im Innen- und im Haushaltsausschuss und unserem weit definierten Verständnis von Sicherheit.

Sicherheit vor Ort bedeutet auch, dass sich die Leute auf staatliche Infrastruktur verlassen können. Infrastruktur ist für uns mehr als Straßen und Netze. Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, ÖPNV – dies alles muss funktionieren, damit der Alltag der Menschen funktioniert – dies gibt Sicherheit. Um den Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur abzubauen, haben wir im Bund das Sondervermögen von 500 Mrd. Euro durchgesetzt. Davon fließen 4 Mrd. Euro direkt in Kitas, Schulen und Universitäten, wofür die Zuständigkeit bei den Ländern liegt. 100 Mrd. Euro gibt der Bund an die Länder zur Unterstützung der Kommunen. 15,7 Mrd. Euro fließen so vom Bund direkt an den Freistaat Bayern.

Unsere Forderung an die Bayerische Staatsregierung ist klar: Mindestens 70 % müssen an unsere Landkreise, Städte und Gemeinden weitergegeben werden. Unsere Kommunen wissen selbst am besten, wo dringend investiert werden muss. Auch von der durch Grundgesetzänderung geschaffenen Möglichkeit der Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse durch die Länder macht die Staatsregierung keinen Gebrauch, sondern legt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen Haushalt mit schwarzer Null vor – erkaufte durch harte Kürzungen insbesondere im sozialen Bereich. So soll weder das versprochene Gehörlosengeld kommen noch das den Eltern versprochene Kinderstartgeld. Zudem verwendet die Staatsregierung zum wiederholten Male Bundesmittel, um Fördertöpfe aufzustocken, ohne aber eigene Mittel beizusteuern.

Wir werden uns deshalb für eine Neuerung starkmachen: Der Bund sollte direkt an die Kommunen Zahlungen tätigen können – die Schaffung einer solchen Möglichkeit käme jeder Kommune im Freistaat Bayern unmittelbar zugute.

Sicherheit vor Ort bedeutet auch, dass wir bis in die Kommune hinein den Schutz vor Gewalt gewährleisten müssen. In Bayern gibt es jedoch zahlreiche Landkreise, die über kein Frauenhaus verfügen, und damit nicht ausreichend Plätze für die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder in Bayern. Die Staatsregierung entzieht sich seit Jahren ihrer Verantwortung, sich dieses Themas endlich anzunehmen. Wir erwarten, dass das Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder von der Staatsregierung und von den Bayerischen Landrätinnen und Landräten ernst genommen wird. Als Bund haben wir neben den 3,5 Mrd. Euro, die im Rahmen des Gewalthilfegesetzes zur Verfügung stehen, erneut ein Förderprogramm aufgesetzt. Als SPD setzen wir uns für eine flächendeckende Präventions- und Hilfestruktur in Bayern ein.

### **III. Sicherheit für deine Zukunft: Klimaziele, technologische und digitale Souveränität**

Zu einem sicheren Leben gehört auch ein Leben in einer intakten Umwelt. Auch Bayern ist vermehrt von Extremwetterereignissen in Folge der Klimaerwärmung betroffen. Hochwasser und Dürren richten verheerende Schäden an, die Menschen leiden unter zunehmenden Hitzewellen im Sommer. Alle Menschen sind auf den Zugang zu Wasser angewiesen, aber etwa in Franken sinkt vielerorts der Grundwasserspiegel. Die bayerische Landwirtschaft braucht ein funktionierendes, biodiverses Ökosystem, um auch in der Zukunft die Nahrungsmittelversorgung des Freistaats sicherstellen zu können.

Die Bayerische Staatsregierung muss ihrer Verantwortung für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Bayerns nachkommen. Der Bund fördert in allen Bereichen mit großzügig ausgestatteten Förderprogrammen – zum Beispiel im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) – die Kommunen bei ihren Anstrengungen. Der Freistaat bleibt dagegen hinter seinen Möglichkeiten zurück und engagiert sich nur unzureichend. Beim Hochwasserschutz, beim Kampf gegen das Artensterben, bei der Unterstützung der Kommunen für Klimaanpassung, Klimaresilienz und Hitzeschutz und beim Wassermanagement besteht in Bayern dringender Handlungsbedarf.

Wir stehen hinter dem Jahr 2040 als bayerischem Klimaziel. Dass die Staatsregierung dieses selbst gesetzte Ziel aufweicht, ist ein fatales Signal. Bayern muss hier als starkes Bundesland vorangehen. Sie hat in den zurückliegenden Jahren zu wenig für die Erreichung der Klimaziele und für die Förderung der Transformation im Freistaat getan und versucht, ihre folgenschwere Tatenlosigkeit und ihre Blockadepolitik zu überdecken, statt endlich aktiv zu werden. Fehlentscheidungen wie das abgeschwächte Verbot für klimaschädliche und fossile Verbrenner, die Förderung der ineffizienten Wasserstoffmobilität oder das Beharren auf dem Grundsatz Straße vor Schiene sind wirtschafts- und verkehrspolitische Irrwege, die nicht nur mittelfristig Erfolg und Arbeitsplätze gefährden, sondern auch die Politikverdrossenheit der Menschen weiter befördern.

Für uns ist klar: Der derzeitige Kurs der Bayerischen Staatsregierung erhöht die Gefahren für die Menschen in Bayern und verspielt Bayerns Zukunftschancen – als größtes Bundesland mit einer hohen Industriedichte muss Bayern ambitionierte Klimaziele verfolgen – während das rot regierte Hamburg Klimaziele nach vorne zieht, duckt sich das schwarze Bayern weg. Das ist verantwortungslos.

Auch digitale Souveränität ist keine Zukunftsaufgabe mehr, sondern heute enorm relevant! Während Schleswig-Holstein zum Vorreiter in Sachen Open-Source in der öffentlichen Verwaltung wird, während Hessen in Sachen Rechenzentren und KI-Reallabore voranschreitet und in Baden-Württemberg neben Deutschlands wertvollstem KI-Startup Black Forest Labs mit dem Innovationspark Künstliche Intelligenz in Heilbronn das größte Ökosystem für KI in Europa entsteht, findet man hinter den Wahlkampf-slogans „Laptop und Lederhose“ oder „Hightech und Heimat“ jenseits der durchaus richtigen Hightech-Agenda der Staatsregierung: nichts!

Statt konsequent auf offene Standards, öffentliche digitale Infrastruktur und unabhängige europäische Technologien zu setzen, sollen leichtfertig neue Abhängigkeiten von großen US-Tech-Konzernen wie Microsoft beschlossen werden, während bayerische IT-Unternehmen oder Software-Startups bei der Vergabe staatlicher Aufträge nicht mal abgefragt werden und verkümmern. Schulen und

Verwaltungen im Freistaat kämpfen seit Jahren mit veralteter Software – ambitionierte Open-Source-Strategien bleiben Stückwerk. Wer technologischen Fortschritt ernst meint, muss den politischen Willen haben, digitale Kompetenzen als Schlüsselinstrument für künftigen Wohlstand zu stärken, Transparenz und Gemeinwohl über kurzfristige Prestigeprojekte zu stellen und das Know-how der bayerischen Wissenschaftslandschaft beim Transfer in Geschäftsmodelle und Anwendungen intensiv zu fördern.

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag  
SPD-Landesgruppe Bayern im Deutschen Bundestag  
Bad Aibling, 20./21./22. Januar 2026